Morgen-Ausgabe

225 Jahre

Nummer 96 a

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1703 für Anhalt und Thüringen 1928

Bezugspreis: monatlich 2 G-M bei 2maliger Zustellung 2.50 G-M ausschließlich Zustellungsgebühr — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonats angenommen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene 26 mm breite Millimeterzeile 15 Pfg. Kleine Anzeigen 6 Pfg. Familien-Anzeigen 4 Pfg. Stellengesuche 6 Pfg. Die 4gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort für alle Sachen Halle (Saale). Für Platzvorschriften und telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 6 Uhr an Redaktion 25609 u. 25610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Dienstag, 24. April 1928

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Obergenosse Braun merkt noch nichts ...

... wahrscheinlich im Interesse der Staatsautorität

Blutige Krawalle in Neukölln — Stahlhelm und Polizei von roten Banditen überfallen — Denkmalsschänder bei der Arbeit

Neukölln, 23. April.

Der Stahlhelm veranstaltete am Sonntag mittag auf dem Hohenzollernplatz in Neukölln ein Konzert. Die Kommunisten hatten ihre Anhänger aufgefordert, die Veranstaltung des Stahlhelms unter allen Umständen zu verhindern. Trotz starken Polizeiaufgebots kam es zu zahlreichen kommunistischen Angriffen auf Stahlhelmleute, bei denen es mehrere Verletzte gab. Auch die Polizei wurde verschiedentlich angegriffen und mußte Schreckschüsse abgeben. Insgesamt wurden 60 Personen festgenommen. Zwanzig Kommunisten blieben in Haft und werden wegen dringenden Verdachtes des Landfriedensbruchs dem Richter vorgeführt werden.

Das Kriegerdenkmal in Schönfließ schwer beschädigt

Fürstenberg (Oder), 23. April.

Zu einem unerhörten kommunistischen Terrorakt kam es in der Nacht zum Sonntag in Schönfließ. Auf das schöne Kriegerdenkmal in Schönfließ, eine steinerne Säule, die mit einem eisernen Kreuz geschmückt ist, wurde von Kommunisten ein Anschlag verübt. Sie versuchten zunächst mit einem eisernen Verkehrsschild das Denkmal zum Einsturz zu bringen. Als das nicht gelang, schlugen die Denkmalsschänder das Kreuz auf der Spitze der Säule ab, so daß es auf dem Sockel zertrümmerte. Auch der Schaft der Säule wurde auf das schwerste beschädigt.

Der Barrikadenkampf in Berlin

Die Tendenzgerüchte um Keudell.

ka. Berlin, 23. April.

Trotz der schweren Zusammenstöße, die gestern in Berlin-Neukölln zwischen Rot-Front und Polizei stattfanden, bleibt die Linkspresse bei ihrer bisherigen Haltung, indem sie sich nach wie vor schützend vor die „politischen Kinder" stellt. Einmütig wird in politischen Kreisen auf das Seltsame hingewiesen, das darin liegt,

daß gerade die deutschen „Pazifisten" nun zu Schutzengeln von Banditen werden, auf deren Konto es zu schreiben ist, daß wieder einmal Blut fließen mußte.

Inzwischen wird weiter von einer angeblichen Krise innerhalb des Kabinetts gefaselt, obwohl ja juristisch die Berechtigung des Reichsinnenministers zu dem Ersuchen an die Länder auf Auflösung des Rot-Frontbundes über alle Zweifel erhaben ist. Selbst wenn sich der Ständige Ausschuß des Reichstages durch die Ereignisse in Neukölln keines Besseren belehren lassen sollte, kann gar keine Rede davon sein, daß er etwa den Reichsinnenminister „stürzen" könnte. Das Urteil des Staatsgerichtshofes allein, das noch vor den Wahlen ergehen dürfte, kann entscheidend sein. Im übrigen kann auch das andere böswillige Tendenzgerücht nicht energisch genug zurückgewiesen werden, daß z. B. Dr. Keudell entgegen dem ausdrücklichen Willen einer Mehrheit des Kabinetts das Ersuchen an die Länder gerichtet habe. Richtig ist vielmehr, daß der Reichsinnenminister dem Reichskanzler und den meisten Mitgliedern des Kabinetts unter der selbstverständlichen Unterstützung der Deutschnationalen das gesamte Material über die hochverräterische Tätigkeit des Roten Frontkämpferbundes vorher vorlegte. Richtig ist ferner, daß völlige Einmütigkeit darüber bestand, die kommunistischen Absichten zu bekämpfen, und ebenso war der Reichskanzler in der letzten Besprechung, die am vergangenen Sonntag zwischen ihm und Keudell stattfand, völlig über das Ersuchen zum Verbot des Roten Frontkämpferbundes unterrichtet gewesen und wußte sogar, daß dieses Ersuchen mit Rücksicht auf die Gefahren im Wahlkampf am Dienstag voriger Woche an die Länder abgehen würde.

Morgen findet die angekündigte Sitzung des Ständigen Ausschusses des Reichstages statt, und es besteht keine Aussicht, daß die Linksparteien sich durch die offenen Enthüllungen der Absichten des Roten Frontkämpferbundes, den Wahlkampf mit Revolvern, Gummiknüppeln und Schlagringen zu führen (diese Absicht haben die Kommunisten ja jetzt bereits in Berlin in die Tat umzusetzen begonnen) eines Besseren belehren lassen werden. Bewußt sind und bleiben sie dadurch die Mitschuldigen an allen Aeußerungen kommunistischer Gewaltpolitik.

Finden Sie sich noch durch?

Nur wer die Parlamentsberichte richtig zu lesen versteht, vermag einen Einblick in die Problematik unseres Parteien-Wesens zu gewinnen. Er muß aber dann sehr klug sein, viel Zeit und noch mehr Interesse haben, sonst geht es nicht so einfach. Er muß ferner die Parlamentsberichte ohne Einschränkung lesen, denn es nutzt nicht viel für seine Erkenntnis, wenn sich in der zurechtgestutzten Wiedergabe nur das Lob der eigenen Partei widerspiegelt. Das deutsche Volk würde bestimmt nicht in diesem Ausmaße sozialdemokratisch wählen, wenn es wüßte, wie sehr der Vorwurf Stegerwalds seine Berechtigung hat, daß gerade die Sozialdemokratie sozial am wenigsten leistet. Die Entdeckung irgendeiner „rechtsmidrig" aufgezogenen schwarzweißroten Fahne bei ganz unbedeutender Gelegenheit ist der heutigen Sozialdemokratie wichtiger, als die Wohlfahrt eines ganzen deutschen Volkes. Verfolgen wir die Unterhaltungen und Anträge in den Parlamenten, so müssen wir feststellen, daß der Kampf der Worte und Meinungen nur zu oft um Dinge geht, von denen niemand im Vaterlande glücklich oder satt wird, einerlei nun, wie sie entschieden werden.

Die Republik ist nicht so sehr in Gefahr, aber sie muß in Gefahr geschrien werden, damit das Volk vergißt, wie wenig sachlich von den Schützern der Republik geleistet wird, weil eben die ganze Arbeit diesen Teilen der Parlamentarier jenem eingebildeten Schutze dienen. Damit beginnt das erste Durcheinander in unseren großen Parlamenten, denn die vernunftgemäße Arbeit für das Wohl der Allgemeinheit kommt nicht zustande. Ein typisches Beispiel des fehlenden Sachwillens zur Arbeit bleibt die partei-republikanische Stellungnahme zum Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung. Würden unsere Linksleute ehrliche Republikaner sein, die allein einem Ideale und ihrem Ausbau lebten, so hätte sie die Deutschnationalen als Erste begrüßen müssen. Denn gerade vom republikanischen Standpunkte aus war dieser deutschnationale Schritt ein praktischer und ideeller Gewinn. Er wurde es um so mehr, als sich im Verlaufe der Monate zeigte, daß republikanische Arbeit der Deutschnationalen durchaus loyal sich gestaltete und selbst bis zur Annahme des Republikschutzgesetzes ging. Die Deutschnationalen versuchten nicht einmal, den republikanischen Rahmen ihrer übernommenen Pflicht zu sprengen. Auch als in volksparteilichen, wie deutschnationalen Zeitungen scharfe Worte über die „Zuchthaus-Begnadigung" des Oberleutnants Schulz und der anderen „Fememörder" fielen und deren Behandlung gemäß der vaterländischen Gesinnung ihrer Taten gefordert wurde, da traten die Deutschnationalen nicht amtlich aus ihrer Reserve heraus, sondern ließen die Dinge gehen. Gewiß steht dem Reiche hier keine Amnestie zu, doch einen guten Eindruck würde es unzweifelhaft gemacht haben, wenn die vereinigten Rechtsparteien, die sich in der Sache selbst ja verstanden, gerade als Antwort auf die ungeschmälerte Femehetze der Linken mit einem Reichsamnestiegesetz vorgerückt wären. Unsere Partei-Republikaner würden weniger ängstlich gewesen sein.

Außenpolitisch dasselbe Spiel. Stresemann hat sein Monopol; seine Außenpolitik ist anerkannt. Loyalität auch hier bei den Deutschnationalen. Loyalität kulturpolitisch ebenfalls gegenüber dem Zentrum, die wieder in der gemeinsamen Stellungnahme zu der Ehereform sich äußerte. Und dennoch: man braucht nur einen einzigen Bericht über eine Reichstagssitzung zu lesen und findet die Presse-Meinungen mittelbar wie unmittelbar bestätigt, daß die Deutschnationalen außerhalb der Regierung für alle Zeiten bugsiert werden sollen. Wer findet sich da durch? Das Zentrum fügt sich innig in das unverständliche Durcheinander. Wo ist der Dank vom Hause Zentrum? Frei ist der Zentrumsbursch; und wenn die Wahl-Notwendigkeiten es verlangen, dann heftig angekämpft gegen die Deutschnationalen! Und volle Absolution den Sozialdemokraten, obschon sie heute im „Vorwärts" das Vorgehen des Zentrums in der Frage der Ehescheidungsreform als wenig würdig und wenig anständig bezeichnen. Dafür sitzt dieses wenig würdige und wenig anständige Zentrum mit den Demokraten und Sozialdemokraten ganz gemütlich in der preußischen Regierung. Denn schließlich drücken auch diese Demokraten und Sozialdemokraten hinwiederum die Augen

Erdbebenkatastrophe in Griechenland

Die Stadt Korinth verwüstet

Athen, 23. April.

Gestern abend wurde die Gegend von Korinth von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. Es steht nunmehr fest, daß mehrere Opfer an Menschenleben zu beklagen sind, wenn sich auch eine annähernde Zahl bisher nicht angeben läßt. In Korinth zerstörte das Erdbeben das Gefängnis; die Insassen treiben sich in der Stadt herum. Auch hat das Postamt und mehrere andere Gebäude erheblichen Schaden erlitten. Die von Panik ergriffene Bevölkerung kampiert meist außerhalb der Stadt. Die Regierung hat sofort Hilfe in das Erdbebengebiet entsandt und auch Truppen abkommandiert, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und Plünderungen zu vermeiden.

Der stärkste Stoß, der gestern abend 10 Uhr und 15 Minuten registriert wurde, ist auch hier verspürt worden. Doch hat er keinerlei Schaden angerichtet. Das Erdbeben an der Nordseite der peloponnesischen Halbinsel scheint nach hier eingegangenen Meldungen einen Herd in der Gegend des Kanals von Korinth gehabt zu haben. Am meisten hat die Stadt Korinth selbst gelitten. Auch soll der in der Nähe gelegene Badeort Lutraki stark in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Hier sollen mehrere Hotels und das Kasino eingestürzt sein. Der Kanal selbst ist nicht beschädigt worden, doch ist er bis auf weiteres für jeden Verkehr gesperrt.

Die schwergetroffene Stadt

Berlin, 23. April.

Wie die Abendblätter aus Athen melden, ist durch das gestrige Erdbeben Kor fast dem Erdboden gleichgemacht worden. Die Zahl der Verwundeten ist nicht festzustellen. Die Stadt bildet ein Trümmerfeld, fast sämtliche großen Gebäude sind eingestürzt. Die Einwohner stürzten auf die Straße, und durch ihre Schreie hörte man das Getöse der einstürzenden Gebäude. Auch der Schaden in Lutraki und Isthmia ist sehr groß. In Korinth sind 35 Häuser eingestürzt. Das Gefängnis von Kor ist ebenfalls zerstört. Die Gefangenen flohen, soweit sie nicht verunglückt sind. Auch viele Soldaten einer einstürzenden Kaserne wurden Opfer des Bebens.

Blut! Blut! Blut!

„Herr Keudell will wieder Porzellan zerschlagen", schreibt das „8 Uhr-Abendblatt" über sein Gezeter dagegen, daß der Reichsinnenminister den Roten Frontkämpferbund, der die Wahlschlacht gleich mit einigen schweren Körperverletzungen einleitete, auflösen will, um Schlimmeres zu verhüten (als Wahrzeichen bringt die vorerwähnte Zeitung eine Abbildung des Frontkämpferführers Willy Lew: Der Name spricht für sich!) Ziel und Ton der Rot-Front-Arbeit lernte man am Donnerstag nachmittag, als diese „Frontkämpfer" gegen 6 Uhr auf dem Roßplatz in Halle zur Demonstration antraten, in sehr eindrucksvollen „Sprechchören" der einzelnen Gruppen mit einem ausgezeichneten Frage- und Antwortspiel kennen, das auch andererwärts nicht unbekannt sein soll:

Recht dumpf brummen die Bässe:
„Was machen wir mit dem Stahlhelm?"
Und die Tenöre antworten hell:
„Wir schlagen ihn tot!"
Die Bässe: „Was wollen wir sehen?"
Tenor: „Blut! Blut! Blut!"
Kommentar überflüssig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804241-13/fragment/page=0001

zu. So wüten sie gegen die Todesstrafe, um aber ebenso gemütlich mit dem Zentrum die Preußen-Regierung zu bilden, das wiederum mithalf, die Todesstrafe für Preußen weiter zu verankern. Man erkenne, daß die Parteien so fest an ihren Ministersesseln kleben, daß nicht einmal eine so grundsätzliche Frage, wie die Abschaffung der Todesstrafe Koalitions-Einigkeit erzwingen kann, bzw. die selbstverständlichen Konsequenzen bei dieser Nicht-Eintracht. Denn schließlich läßt das sozialdemokratisch geführte Preußen-Ministerium nach wie vor weiterköpfen, ob sich nun die roten Minister bei entscheidenden Sitzungen drücken oder nicht! Bürgerliche Politiker, die offen ihre Ansicht über die Todesstrafe vertreten, sind dann in sozialdemokratischen und demokratischen Wahlversammlungen die alte „reaktionäre Brutalität". Und das Volk ist töricht genug, auf solche gemeingefährliche und gemeine Heuchelei der Linken hineinzufallen. Weil es erstens die Parlamentsberichte verkehrt liest und zweitens, sich grundsätzlich nicht mehr in dem Durcheinander dieses Partei-Betriebes der tausenden, sich in sich auflösenden Meinungen zurechtfinden kann.

Freundchen! Der tote Reichstag war nicht viel besser! „Die Hugenberg-Demagogie am Pranger. — Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius entlarvt die Deutschnationalen!" So gab der „Vorwärts" den Niederschlag einer durch Curtius ausgelösten Auseinandersetzung zwischen den Deutschnationalen und dem Reichswirtschaftsminister über die Wege deutscher Wirtschaftspolitik. Keine Furcht, die nationale Wirtschaftspolitik ist zu offen und ehrlich in ihren Vorschlägen, als daß sie „entlarvt" werden könnte und müßte. Internationale Genfer Wirtschaft oder Nationalwirtschaft, was von den beiden richtig ist, darüber brauchen wir uns hier nicht auseinanderzusetzen. Genug, daß sich Parteien öffentlich bestreiten, die eigentlich noch in ein- und derselben Koalition sind und im Grunde auch national zusammen gehörten. Genug ferner, daß die Linke ihre Freude daran hat und auf dem Rücken von Curtius die These deutschnationaler Demagogien in die Welt schreien darf!

Wer soll das verstehen, wer sich in diesem Wirrwarr durchfinden, wer Vertrauen zur bürgerlichen Politik haben, die sich selbst in Kritik und Zank zerreibt!? Da streckt der einfache Bürgersmann die Waffen. Nun ist gar kein Zurechtfinden mehr. Und er ersehnt die Neuwahlen herbei, indem er auf Parteien hofft, die sich auch in den Regierungen durchsetzen, und auf politische Männer, die als Christen das Bibelwort achten, daß die Rede des Rechtschaffenen Ja-Ja oder Nein-Nein sei! Der Parlamentarismus kann sich nur durch die Männer erneuern, die das deutsche Volk ihm gewinnen hilft!

Wie man dem Steuerzahler das Geld aus der Tasche zieht

Amtliche preußische Wahlpropaganda

Seinerzeit schon haben wir uns mit der Selbstbeweihräucherung auseinandergesetzt, die der preußische Zentrumsminister Hirtsiefer am 27. März im Landtag im Auftrage und in Vertretung seines damals erkrankten Herrn und Meisters, des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun, vom Stapel gelassen hat. Die ganze Rede war nichts weiter als ein krampfhafter Versuch, durch eine Aufzählung von Bagatellen „Leistungen und Erfolge" der preußischen Regierung und ihrer Koalition vorzutäuschen, während jeder mit den Dingen wirklich Vertraute weiß, daß in den ganzen Jahren ihres Bestehens an wirklich staatspolitischer Arbeit auf dem Gebiete der Verwaltung und der Gesetzgebung so gut wie nichts geleistet worden ist. Aber da man nun einmal kein Pfund gehabt hat, mit dem man hätte wuchern können, so versucht man jetzt wenigstens noch mit dem Schefer zu wuchern, und zu diesem Behufe verbreitet man in Zehntausenden von Exemplaren das Hirtsieferfche Weihrauchfäßlein als Beilage zur Kreisblättern und sonstigen amtlichen Organen. Ja, man fügt es sogar in einzelnen Regierungsbezirken den amtlichen Schulblättern bei, wahrscheinlich damit die Lehrerschaft durch seine Verwendung als Unterrichtsstoff die Hofenmäße und Abc-Schützen von vornherein auf den richtigen Weg anbetender Bewunderung einer hohen preußischen Staatsregierung geleitet. Wobei wohl die Ueberlegung entscheidend gewesen ist, daß die Nasen der Unmündigen empfänglicher sind für Weihrauchdüfte als die Erwachsenen, die durch den stetten Schnupftabak der praktischen Erfahrungen mit preußischen Mißregierung gründlich eingebeizt und daher sehr viel mehr zu kritischem Rümpfen befähigt sind.

Als vor langen Jahren einmal ein Reichskanzler des alten Regimes es gewagt hatte, in einem der Oeffentlichkeit übergebenen Brief an einen bürgerlichen Politiker seine persönliche Auffassung über bevorstehende Reichstagswahlen zu sagen, da erhob sich von Memel bis Konstanz ein einziger Entrüstungsschrei der Männerstolzen vor Königsthronen über solch ungeheuerliche amtliche Wahlbeeinflussung. Heute läßt man diese sehr viel grobschlächtigeren Methoden nicht nur einfach hingehen, sondern nimmt sie geradezu als Grundrecht der Regierenden in Anspruch und stellt alles, was an Beeinflussungsmöglichkeit überhaupt aufzutreiben ist, in den Dienst einer derartig einseitigen Wahlpropaganda.

Es gibt naive Gemüter, die die Frage aufwerfen: wer bezahlt den Hirtsieferschen Weihrauch, mit dem die Hirne der Wähler draußen im Lande eingenebelt werden sollen? Ja, wer bezahlt ihn? Dieselben Leute, die die Zehntausende parteipolitischer Futtertrippengehälter, die die ansehnlichen Aufwandsentschädigungen der preußischen Minister bezahlen dürfen: die Steuerzahler. Und in erster Linie und in besonderem Maße diejenigen von ihnen, die in Preußen dem Steuerfiskus gegenüber zu den Besitzenden gerechnet werden, und denen man mit der Grund-, Vermögens- und anderen Steuern ohnehin schon eine Schlinge um den Hals gelegt hat, daß ihnen der Atem ausgeht. Das ist die innere Gerechtigkeit des neupreußischen Systems,

Unvermindertes deutsches Martyrium

Der Terror dauert unentwegt fort — Die nationalen und kulturellen Rechte der Deutschen in Oberschlesien werden mit Füßen getreten

Kattowitz, 23. April.

Wer damit gerechnet hat, daß nach den polnischen Wahlen das Regiment in Oberschlesien sich erträglicher gestalten würde, der hat sich, wie es sich mit jedem Tage von neuem erweist, einer trügerischen Hoffnung hingegeben. Während des Wahlkampfes war der deutsche Wähler in Polnisch-Oberschlesien fast von sämtlichen Parteien einschließlich der Regierungspartei umworben, obwohl auf der anderen Seite der Terror gerade in Oberschlesien, und hier wiederum in erster Linie gegen die Deutschen, mit allen Mitteln durchgeführt wurde. Man fürchtete aber dennoch die deutschen Wähler und glaubte sich deren Sympathien durch Versprechungen aller Art zu erwerben. Als das Wahlergebnis aber bewiesen hatte, daß die Deutschen samt und sonders ihrer Partei treu geblieben waren, und eben nur deutsch gestimmt hatten, war auf polnischer Seite das Liebeswerben mit einem Schlage vergessen und glühender Haß machte sich wieder breit. Die Aufständischenverbände, die schon während des Wahlkampfes mit allen Mitteln die Ausschaltung des deutschen Einflusses erstrebten, und vor der Anwendung roher Gewalt nicht zurückschenten, entfalteten jetzt erst recht eine rege Tätigkeit, um sich an den Deutschen für den Wahlausfall zu rächen.

Alles deutet darauf hin, daß von einer reibungslosen Zusammenarbeit und von einer Abtumpfung der an sich infolge des Wahlkampfes zugespitzten Gegensätze in Polnisch-Oberschlesien binnen kurzem noch nicht die Rede sein kann. Nicht weniger als acht Klagen des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien sind gegenwärtig wieder in Genf anhängig gemacht, darunter befindet sich die Angelegenheit des Rodo-Liedes, die infolge der polnischen Ablehnung der Entscheidung des Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder, nunmehr an den Völkerbundsrat als an die nächste und höchste Instanz gegangen ist. Die Vorgeschichte dieses Streitfalles ist im wesentlichsten bekannt. Deutsche Kinder wurden von polnischen Lehrern gezwungen, dieses übelste Machwerk polnischen Hasses und polnischer Verleumdung gegen die Deutschen mit erhobenen Schwurfingern und kniend zu singen. Calonder, dessen Unparteilichkeit und strenge Sachlichkeit bisher auch von polnischer Seite anerkannt wurde, verbot das Lied für die deutschen Minderheitenschulen und ging in seiner Entscheidung sogar über den Antrag des Deutschen Volksbundes hinaus, indem er das Abfingen dieses Haßgesanges auch für die polnischen Schulen untersagte. Von polnischer Seite, und zwar von dem Wojewoden in Kattowitz, Grazynski, der der Anführer und oberste Protektor der polnischen Chauvinisten ist, wurde diese Entscheidung abgelehnt, so daß die Angelegenheit nach Genf gehen mußte.

Präsident Calonder hat in einem neuen Schreiben an den Wojewoden nochmals die Gründe auseinander gesetzt, die ihn zu seiner Entscheidung veranlaßt haben. Es dürfte aber hoffnungslos sein, jetzt noch an die bessere Einsicht der polnischen Ueberlegenheitslisten zu glauben. Jedenfalls ist anzunehmen, daß der Völkerbundsrat sich den Gründen Calonders nicht verschließt und ein endgültiges Verbot dieses hetzerischen Liedes wenigstens für die deutschen Schulen erläßt.

Was soll man dazu sagen, wenn ein polnischer Lehrer die Kinder auffordert, die Stimmzettel von der letzten Wahl ihm vorzulegen, damit er gegen diejenigen vorgehen kann, die deutsch gewählt haben?! Auch aus anderen Orten Polnisch-Oberschlesiens werden fast täglich ähnliche Zwischenfälle gemeldet, die allen Gesetzen Hohn sprechen. Sie zeugen von der großen Not der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien, die trotz des Schutzes der Genfer Konvention und trotz des Bestehens der Gemischten Kommission der polnischen Willkür preisgegeben sind. Nicht oft und nicht eindringlich genug kann immer wieder vor aller Welt gegen die Auffassung protestiert werden, die man in Polen, das stets Friedensliebe und Versöhnungsbereitschaft im Munde führt, über den Wert der übernommenen gesetzlichen Verpflichtungen vertritt. Aber auch das deutsch-polnische Verhältnis, über dessen Regelung auch jetzt noch verhandelt wird, kann solange nicht erträglich gestaltet werden, als Polen glaubt, die national- und kulturpolitischen Rechte der Deutschen in Oberschlesien mit Füßen treten zu können.

Feuilleton

Halle, 24. April.

Wie Shaw seine Stücke schreibt

Sehr aufschlußreiche Mitteilungen über sein eigenes Schaffen und über die dramatische Schöpfung überhaupt hat Shaw dem amerikanischen Journalisten Henderson gemacht. In der Unterredung, die in der „Literarischen Welt" mitgeteilt wird, sagte Shaw u. a.:

„Wenn Sie ein Stück schreiben wollen, beginnen Sie, wo Sie wollen. Sie dürfen einen Plan haben, so gefährlich das auch ist, andererseits brauchen Sie sogar keinen Satz vom Aufgehen des Vorhangs bis zu seinem Niederfallen vorher zu ahnen. Man beginnt meistens mit der sog. „Situation" und schreibt das Stück, indem man die Konsequenzen aus ihr zieht. Die Situation kann ein bloßer Zufall sein oder sie kann durch einen Charakter oder einen Konflikt zwischen Charakteren bedingt sein. Beispiele unter meinen eigenen Stücken sind „Haus Herzenstod", das mit einer bestimmten Atmosphäre begann und kein Wort enthält, das voraussehen war, ehe es geschrieben wurde. „Helden", „Der Teufelsschüler" und „John Bulls andere Insel" wuchsen um Situationen herum. Das erste Stück von „Mensch und Uebermensch", das zustande kam, war die Replik: „Ich bin ein Räuber: Ich lebe vom Raub an den Reichen." „Ich bin ein Herr: Ich lebe vom Raub an den Armen."

Von „großen Szenen" hält Shaw nicht viel. Nach seiner Meinung kommt es nicht darauf an, daß man besondere Höhepunkte der Handlung ausarbeitet, sondern daß diese sich organisch entwickelt. Er betont, „daß ein wirkliches Stück ein natürliches Gewächs ist und nicht die Ausfüllung einer Form. Selbstverständlich ein sog. „gut gemachtes Stück" — Article de Paris des XIX. Jahrhunderts — kann wie ein Eisenbetonbau errichtet werden; aber das Wirkliche wächst und formt sich von selbst und ist eine Freude für immer, während der Anblick eines Eisenbetongebäudes, wenn er auch das erstemal interessant ist, bald langweilig wird . . .

Die Charaktere müssen fortschreitend wachsen und sich bestimmen und begrenzen. Erfundene Charaktere müssen oft durch eine Art Kindheit hindurch, während deren es unmöglich zu erraten ist, wie sie sich entwickeln werden; und manchmal tauchen sie plötzlich aus dieser Kindheit empor, bemächtigen sich des Mittelpunktes der Bühne und beherrschen das ganze Werk." Shaw sieht diese Charaktere, mit denen er während des Dichtens lebt, nicht vor sich: „Mein Sinn für meine Charaktere gehört zu den unsichtbaren Sinnen. Er hat nichts mit Gesicht, Gehör, Geschmack, Geruch oder Tastsinn zu tun." Die Arbeit des Dramatikers besteht nach Shaw darin, „aus der sinnlosen Menge der Geschehnisse, die Sie beim Filmen einer belebten Straße der Stadt festhalten, eine Reihe erdachter, aber möglicher Personen herauszulesen, und eine Folge von erdachten, aber möglichen Handlungen, die das Leben verständlich machen und eine Deutung des Lebens geben."

„Sylvia kauft sich einen Mann"

Lustspiel von Alexander Engel.

Uraufführung im Münchener Volkstheater.

Von unserem Theaterreferenten.

München, 22. April.

Schade — der Stoff hätte vielleicht ausgereicht zu einem ausgewachsenen Trauerspiel (wenn auch immer ein bischen Trivialität moderner Gesellschaftsromantik vermutlich nicht hätte vermieden werden können). So wurde es aber ein recht bescheidenes Lustspiel mit billigem Sentimentalitätseinschlag. Das moralische Theater, das Unrecht an sich selbst begeht, weil ein sogenannter Moralgrundsatz den andern totschlagen muß (das Nähere über das Thema ist bei Shaw nachzulesen), ist hier als Mittel zum Zweck benützt, nämlich den widerlichen Mitgiftjäger zur Moral zu „bekehren", als die Dollarmitgift auf unerklärliche Weise am Polterabend verschwindet. Die einstige Gesiebte, die er des lieben Geldes wegen im Stiche läßt, ist seitdem dem Pokerspiel verfallen und droht kurz vor Torschluß mit einem Theatercoup (Verhinderung der Ehe und andere schöne Dinge), der aber niemals eintritt. (Der Grund ist sehr „triftig": Man wollte doch ein Lustspiel nach dem Schema „Ende gut, alles gut" bauen. Aber warum drohte man dann erst mit dem Pulverfaß?) Kurz und gut: Ein möglicherweise ergiebiges Motiv unmöglich ausgeführt. Was kann man deshalb den Darstellern verargen, daß sie oft kalt und distanziert der verkorksten Handlung gegenüberstanden. Anny Rosar von den Reinhardtbühnen in Wien bewahrte die Handlung mit Mühe und Not vor einschläfernder Löcherlichkeit. Die übrigen Darsteller gingen und hingen mit . . . **Otto Kampers.**

Eine Funkversuchsstelle an der Berliner Musikhochschule. An der Staatlichen Akademischen Hochschule für Musik in Berlin-Charlottenburg wird eine Funkversuchsstelle eingerichtet die sich mit den mannigfachen phonetischen, akustischen und künstlerischen Problemen musikalischer Uebertragung durch den Rundfunk beschäftigen soll. Die Funkversuchsstelle wird am 3. Mai eröffnet werden.

Der bulgarische König an den Reichspräsidenten

Berlin, 23. April.

Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg hatte dem König von Bulgarien seine aufrichtige Anteilnahme anläßlich des erneuten Erdbebenunglücks in Bulgarien zum Ausdruck gebracht. Der König hat darauf heute in einem warm gehaltenen Dankestelegramm geantwortet.

Die falschen Propheten der Franzosenwahlen

Poincaré-Sieg für nächsten Sonntag erwartet.

ka. Berlin, 23. April.

Nach allen hier vorliegenden Meldungen aus Frankreich, über die dortigen Wahlen dürfte der nächste Sonntag Poincaré den vollen Sieg bringen. Im Gegensatz zu den Prophezeihungen der deutschen Demokraten scheint aus den Franzosenwahlen zunächst kein neuer Erfolg für die deutsch-französische Verständigungspolitik herauszukommen. Allerdings werden die Ergebnisse der Wahlen politisch erst am nächsten Sonntag zu werten sein, wenn die Stichwahlen stattfinden. Von den 612 Sitzen der Kammer werden in der ersten Wahl höchstens 200 mit erforderlichen absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen in den einzelnen Wahlkreisen besetzt werden. Es ist ferner zu bedenken, daß die Entscheidung in den französischen Wahlen darin liegt, ob Poincaré mit einer sicheren Mehrheit sein Programm der finanziellen und wirtschaftlichen Sanierung weiterführen kann. Außenpolitisch wird von allen französischen Parteien das Wort Friede dazu mißbraucht, damit den einheitlichen Willen kundzutun, an dem Diktat von Versailles festzuhalten.

Von deutschen Hochschulen

Münster.

Der Ordinarius der alten Geschichte an der Universität Münster, Dr. Friedrich Münzer, beging am 22. d. M. seinen 60. Geburtstag. Der besonders auf dem Gebiete der römischen Geschichte fachliterarisch tätige Gelehrte stammt aus Oppeln. Er lehrte früher in Basel und Königsberg.

Leipzig.

Der planmäßige außerordentliche Professor der mathematischen Physik an der Universität Leipzig, Dr. Gregor Wentzel, ist zum persönlichen Ordinarius ernannt worden. Prof. Wentzel hat erst kürzlich einen Ruf auf den Lehrstuhl der theoretischen Physik in Halle abgelehnt. Der aus Düsseldorf gebürtige, besonders auf dem Gebiete der Atomphysik fachwissenschaftlich tätige Gelehrte, war Schüler und Assistent von Sommerfeld in München und habilitierte sich an der dortigen Universität. Seit Oktober 1926 wirkt er als planmäßiger Extraordinarius der mathematischen Physik an der Leipziger Universität als Nachfolger von G. Jaffé.

*

Der nichtplanmäßige außerordentliche Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig, Dr. med. Hans Günther, ist zum planmäßigen außerordentlichen Professor der klinischen Konstitutionsforschung und der physikalischen und diätetischen Heilkunde ebenda ernannt worden. Dr. Günther, gebürtig aus Alexandersbad in Oberfranken, ist Schüler und langjähriger Assistent von Geheimrat v. Strümpell. 1921 erhielt er die venia legendi und drei Jahre später die Beförderung zum nichtplanmäßigen Extraordinarius in der Leipziger medizinischen Fakultät. Prof. Günther verfaßte „Die Lipomatosis" 1920; „Bedeutung der Hämatoporphyrine in Physiologie und Pathologie" 1922; „Die Grundlagen der biologischen Konstitutionslehre" 1922.

Kiel.

An der Universität Kiel sind die Privatdozenten Dr. med. Carl Mau (Chirurgie und Orthopädie) und Dr. Johannes Hellerich (Astronomie) zu nichtbeamteten außerordentlichen Professoren ernannt worden. Dr. Hellerich, ein geborener Hamburger, ist seit mehreren Jahren Assistent an der Kieler Sternwarte. Seine Arbeiten betreffen u. a. Fragen aus dem Gebiete der veränderlichen Sterne und der spektroskopischen Doppelsterne. — Der aus Flensburg gebürtige Chirurg Mau bekleidete eine Assistentenstelle bei Prof. W. Anschütz an der Kieler chirurgischen Klinik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804241-13/fragment/page=0002

Der 1. Mai kein städtischer Feiertag!

Wieder ein Stück des Etats im Stadtparlament erledigt — Diesmal nur matte kommunistische Störungsversuche

Halle, 24. April.

Auch im Stadtparlament konnte man gestern merken, daß die Wahlen immer näher rücken. Die Kommunisten hatten nämlich sämtlich unser einer berartigen Heiserkeit, daß sie beömal nicht, wie sonst üblich, endlose Reden halten konnten. Aber einige Unentwegte fanden sich doch, die trotzdem gegen die Bürgerlichen zu Felde zogen und an jedem Kapitel des Haushaltsplanes, mit dem gestern in der Einzelberatung fortgefahren wurde, etwas auszusetzen hatten. Wir wollen uns nicht näher auf das „Gequassel" dieser Moskowiter einlassen, da sie in ihren Reden doch nie etwas neues vorzubringen pflegen und das, was sie da schließlich mit Pathos vortragen, doch nur von ihrem „größeren" Kollegen aus den Parlamenten, wo es auch die „größeren" Diäten gibt, abgehört haben. Eigene Gedanken haben unsere Halleschen „Klassenkämpfer" nun einmal nicht, also soll man auch nicht unnötig viel aus ihnen machen!

Es gab in der gestrigen Stadtverordnetensitzung eigentlich kaum etwas Neues. Ohne allzuviel Aufregung fanden die einzelnen Punkte der Tagesordnung ihre Erledigung. Nur ab und zu gingen die Redewogen etwas höher, wenn die Kommunisten, ohne sich allzusehr zu ereifern, Einsprüche gegen die einzelnen Kapitel des Etats erhoben. Interessant war nur die

Auseinandersetzung über den 1. Mai als Feiertag.

Diesen Tag wollten die Kommunisten selbstverständlich als „Weltfeiertag" proklamieren, um so für die städtischen Arbeiter einen freien Tag herauszuschinden. Herr Höcker wurde vorgeschickt und hielt eine prachtvolle, redeblütenreiche, proletarische Mairede, die zwar wenig geistvoll, aber desto besser auswendig gelernt war. Der Demokrat Minner gab ihnen aber den Standpunkt der nichtkommunistischen Parteien recht deutlich zu verstehen, so daß es nur bei kommunistischen Wünschen blieb und der 1. Mai als Feiertag für die städtischen Arbeiter abgelehnt wurde.

Die Sitzung wird kurz nach 4 Uhr mit der Einführung des neuen unbesoldeten Stadtrates Dr. Roscher eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Rive, der frisch und gebräunt von einer Urlaubsreise aus Italien zurückgekehrt ist, widmete dem neuen Stadtrat einige herzliche Worte, indem er der früheren Tätigkeit Dr. Roschers gedenkt und den Wunsch ausspricht, daß der Stadtrat Dr. Roscher in segensreicher Arbeit zum Wohle der Stadt Halle wirken möge. Auch Stadtverordneten-Vorsteher Busse heißt anschließend den neuen Stadtrat herzlich willkommen.

Nachdem dann der Vorsteher einen Beschluß des Magistrats bekanntgegeben hat, wird eine Ersatzwahl für die Wohnungs-Zuweisungskommission vorgenommen. Der Uebernahme einer Bürgschaft für den „Halleschen Knappschaftsverein" wird dann ebenso bereitwillig zugestimmt wie dem Erwerb von Grabenparzellen im Siedlungsgelände südlich der Huttenstraße. Genehmigung findet ferner

die Uebernahme der Milchküche

von der „Gesellschaft für Säuglingsschutz." Eine längere Diskussion entspinnt sich hierauf beim Nachtrag zum Ortsstatut, die Reinigung öffentlicher Wege in der Stadt Halle betreffend. Nachdem die zuständigen Ausschußvertreter hierzu eingehend gesprochen haben, hält Stadtv. Günther eine mehr als halbstündige Rede, währenddem sich der Saal merklich leert. Angenommen wird schließlich ein Antrag, nach dem die Vorlage solange ausgesetzt wird, bis dem Magistrat das Aufkommen aus der Hausginsteuer ziffernmäßig mitgeteilt worden ist. Stadtv. Höder begründet hierauf einen Dringlichkeitsantrag der K. P. D., der verlangt, daß am 1. Mai in sämtlichen städtischen Betrieben unter Fortzahlung des Lohnes die Arbeit ruhen soll. Der Stadtv. Flücht spricht hierzu für die Gemeindearbeiter und bittet, den Antrag anzunehmen. Als Vertreter der Bürgerlichen spricht dann Stadtv. Minner, der erklärt, er könne nicht einsehen, warum dem 1. Mai eine so große Bedeutung beigelegt werde. Er als Demokrat habe kein Verständnis dafür, daß der 1. Mai durchaus mit besonderen Feierlichkeiten begangen werden müsse. Wenn die Arbeiter feiern wollten, sollten sie dies tun, aber dann dürften sie dafür auch keine Bezahlung erwarten! Er bitte daher, den Antrag abzulehnen, was dann auch mit 27 gegen 24 Stimmen geschieht.

Die Einzelberatung des Haushaltsplans

wird nunmehr fortgesetzt, und zwar mit dem Etat der Gartenverwaltung. Stadtv. Kutzschbauch fordert, daß noch mehr gärtnerische Anlagen angelegt und die Wege besser instandgehalten werden, während Stadtv. Flücht 2000 Mark verlangt, um für die in der Städtischen Gärtnerei beschäftigten Arbeiter Schutzkleidung anzuschaffen. Der Antrag Kutzschbauch wird nicht angenommen, dem Antrag Flücht aber zugestimmt. Hierauf findet der ganze Etat Annahme. Der Etat der Feuerwehr wird ausgesetzt, da der zuständige Dezernent nicht anwesend ist. Ebenfalls muß auch der Etat der Friedhöfe ausgesetzt werden, da der Magistrat keine Auskunft geben will über die Steigerung der in diesem Etat aufgeführten Gehälter um 109 Prozent. Der Haushaltsplan für das Leihamt wird angenommen mit den Zusatzanträgen der Stadtv. Frau Herrmann, wonach erstens Pfandstücke ein ganzes Jahr lang aufbewahrt werden müssen und der monatliche Zinssatz von 4 auf 2 Prozent herabgesetzt wird. Annahme finden schließlich noch der Kirchenetat sowie die Etats des Alters- und Pflegeheims und der Theodor-Schmidt-Stiftung. Nachdem dies erledigt ist, wird die Sitzung abgebrochen und in die nichtöffentliche Sitzung eingetreten.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde gegen den Beschluß des Haushaltsausschusses die Verpachtung des Gutes Beesen-Ammendorf mit zwei Stimmen Mehrheit abgelehnt und die eigene Bewirtschaftung beschlossen. Durch diesen Beschluß entsteht für die hallische Bevölkerung erstmalig eine Mehrausgabe von 200 000 Mark, dann die Amortisation und voraussichtlich noch ein jährlicher Zuschuß von 25 000—30 000 Mark.

Dummheit oder unglaublicher Leichtsinn?

Das Rätselraten um die Motive für Bergers wahnwitzige Kreditgewährung aus städtischen Mitteln

Gestern wurde im Stadtbankprozeß bis in die Nachmittagsstunden hinein der Fall Drescher weiter behandelt. Bergers ganzer bodenloser Leichtsinn tritt hier wieder einmal klar zutage. Immer wieder sucht das Gericht nach irgendeiner Erklärung für das geradezu wahnwitzige Treiben dieses Stadtbankdirektors. „Man möchte so gern verstehen, was Sie sich bei alledem gedacht haben!", sagt da einmal der Vorsitzende. Und Berger bleibt die Antwort schuldig!

Nachdem am 1. Juli 1924 das Dreschersche Debet-Konto auf 208 000 Mark gekommen war, stieg es im September weiter auf 215 000 Mark. Berger ließ sich dafür ein Sicherheitsakzept geben, ein sogenanntes „Nur-Akzept". Und von nun ab erscheint in der Buchführung das Kontokorrentkonto nur noch mit geringen Summen, wie etwa 7000 Mark. Der Zweck der Wechselausstellungen war also erreicht! Am 1. Oktober betief sich so das Debet-Konto im Kontokorrent auf 7900 Mark,

im Wechselobligo aber fanden sich 239 000 Mark dazu,

meist Kurdennwechsel, die nie eingelöst wurden. Ueber die Akzeptanten Auskünfte einzuholen, hielt Berger auch jetzt noch für überflüssig. Im nächsten Monat stieg das Debet-Konto auf 31 289 und 289 000 Mark. Ab und zu mahnte nun Berger, ließ aber nichtsdestoweniger weiteres Anwachsen zu, ohne daß Eingänge hereinkamen.

Er müsse das alles doch gemerkt haben, man mache sich doch schließlich Aktienmotigen, dringt Direktor Göthert hier auf den Angeklagten Berger ein. „Ich habe versucht, von jeder Unterhaltung Notizen zu machen, aber ich hatte so viele Unterhaltungen, daß mir das nicht möglich war," das ist so eine Antwort, die für Berger geradezu typisch ist. Im Dezember übernahm Berger zu alledem, wieder ohne jede Sicherung, noch eine Verpflichtung Dreschers, die dieser in Höhe von 100 000 Mark an einer Heimstätten-Gesellschaft hatte. Und das Endresultat war, daß die Stadtbank Dreschers Schuld Anfang Dezember mit 185168 und 289000 Mark buchen mußte. Er begreife es einfach nicht, ruft hier der Vorsitzende aus, wie man einem Menschen weiter Glauben schenken konnte, der es verstand, einem innerhalb von knapp ¾ Jahren über 800 000 Mark abzuknöpfen.

Wie in vielen Fällen vorher, beginnt nun das gefährlichste Spiel Bergers, das Hinterherwerfen von immer neuem Geld hinter dem verlorenen alten. Zu Neujahr 1925 waren so die Schulden Dreschers auf 390000 Mark angewachsen. Die einzige Sicherheit, hypothekarische Belastungen der Dreschers chen Grundstücke, waren beinahe ohne jeden Wert, da für die Stadtbank bei den großen Vorbelastungen nur ein ganz geringer Deckungsbetrag übrig blieb. Eine Vermögensaufstellung Dreschers aus dieser Zeit gibt Aktiva im Gesamtwert von 350 000 Mark an. Bei dieser Summe sind

Gemälde und Teppiche mit 120 000 Mark angerechnet.

Im Januar 1925 überraschte Drescher die Stadtbank damit, daß er, ohne allerdings sie zu bezahlen, drei Grundstücke in Berlin gekauft hatte. Wieder trat die Bank für ihn ein, angeblich, um so zu Sicherheiten zu kommen. Teure Sicherheiten!

Im Februar war das vierte Hunderttausend überschritten. Nun erklärte Berger energisch, er werde keine Zahlungen mehr leisten. Und doch diskontierte er kurz darauf schon wieder ein Akzept über 20 000 Mark, und Ende Februar wurde ein anderes Akzept über 70 000 Mark ohne weiteres prolongiert. Der Wirrwarr in der Wechselbuchführung wird weiterhin so groß, daß jetzt in der Verhandlung ein alter Bankfachmann wie Göthert sich in den Buchungen nicht mehr zurechtfinden kann. Mitte März wurde die Gesamtwechselschuld — 441000 Mark waren es inzwischen geworden — in 12 „krumme" Wechsel, also Einzelwechsel aufgelöst. Wieder versuchte hier die Stadtbankleitung durch betrügerische Manipulationen Warenwechsel vorzutäuschen.

Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

Sozialistisch-kommunistisch oder national?

Nationalsozialisten terrorisieren einen nationalen Zettelverteiler.

Neben den Kommunisten und den Sozialdemokraten üben bedauerlicherweise auch Anhänger der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei" gegenüber rechtsstehenden Parteien unerhörten Terror aus. So ist die unerfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß ein Flugblattverteiler der Deutschnationalen Volkspartei, der kürzlich vor dem „Deutschen Gesellschaftshaus", wo die Nationalsozialisten eine Versammlung abhielten, Flugblätter gegen die Linksparteien verteilte, belästigt und tätlich angegriffen wurde. Wir weisen auf diese Tatsache hin und bedauern, daß Parteien, die sich selbst national nennen, wie die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei", zu derartigen Terroraktion sich hinreißen lassen. Mit solchen Waffen zu kämpfen, heißt, seine Sache als sehr schlecht stehend hinstellen!

Mit 1000 Mark durchgebrannt!

Bei einer hiesigen Südfruchthandlung war ein 19jähriger Kaufmann Heinrich H. seit Anfang März als Verkäufer angestellt. Am Ende der vergangenen Woche kassierte H. nun bei den Kunden seiner Firma ausstehende Beträge für gelieferte Waren ein. Er hat etwa 1000 Mark zusammengebracht, und mit diesem Betrage ist er, wahrscheinlich am Sonntag, flüchtig geworden. Die Fluchtrichtung ist bisher unbekannt. Doch hat die Kriminalpolizei die Angelegenheit bereits in die Hand genommen.

— **Ein Schlosserlehrling vermißt.** Seit dem 13. April wird der Schlosserlehrling Hans Schmidt, geb. am 6. Mai 1911 in Halle, vermißt. Er ist etwa 170 Zentimeter groß, kräftig, hat dunkelblondes Haar, braune Augen, vollzählige Zähne, über dem rechten Auge eine 2 Zentimeter lange Narbe und trägt braune Sportmütze mit Abzeichen, graues Jackett aus Militärstoff, dunkle Weste, dunkelblaue Hose, blauweiß gestreiftes Hemd, geg. „H. S.", grünen Kragen mit schwarzen Streifen, schwarze Strümpfe und schwarze Schnürschuhe. Bei Aufenthaltsermittlung wird um Nachricht an die Kriminaldirektion, Zimmer 139, gebeten.

— **Volkshochschule.** Der wegen Krankheit im verflossenen Trimester abgesagte Vortrag der Frau Katharina v. Kardorff-Oheimb über „Der Konflikt der Frau in der neuen Zeit" findet am Mittwoch, den 2. Mai, um 8 Uhr abends im Lyzeum I, Universitätsring 21, statt. Gelöste Karten des Kursus „Frauenfragen" behalten ihre Gültigkeit. Einzelkarten sind noch zu haben.

— **Kraftpostverkehr Halle—Bennstedt—Langenbogen—Höhnstedt.** Am 1. Mai tritt ein neuer Fahrplan in Kraft, nach dem die Kraftpost künftig täglich verkehrt. Der Fahrplan ist recht günstig, da es nunmehr möglich wird, Reisen an jedem Tage auszuführen, während sie bisher immer auf die wenigen Tage aufgeschoben werden mußten, an denen der Omnibus einmal verkehrte. Die Fahrzeiten sind teilweise etwas geändert worden. An Sonntagen findet noch eine Spätfahrt statt. Der Fahrplan hängt bei den Postanstalten und in den Kraftomnibussen aus.

— **Weiteres Steigen der Saale.** Seit gestern, Sonntag, ist die Saale um weitere 6 Zentimeter gestiegen. Am Unterpegel bei Trotha wurde heute ein Wasserstand von 3,52 Metern gemessen.

— **Walhallatheater.** Täglich um 8 Uhr abends der große Erfolg „Die letzte Warnung!", ein Kriminalstück in 5 Bildern mit Harry Hill in der Hauptrolle. Vorher der glänzende Varietéteil sowie die mit größtem Beifall aufgenommene Fox-Film-Komödie „Lausbuben und Schützengraben". Gewöhnliche Preise.

Darton bleibt Europameister

Ein zahmer Meisterschaftskampf — Gipsy Daniels schlägt Domgörgen in der zweiten Runde k. o.

Der dritte Leipziger Vorgroßkampftag war für diese junge Pflegestätte des deutschen Boxsportes wiederum ein voller sportlicher Erfolg, während man dies, von der finanziellen Seite aus betrachtet, bestimmt nicht sagen kann. Das erstklassige Programm dieses Sonntagabends hätte einen besseren Besuch verdient.

Rein sportlich interessiert natürlich der Herausforderungskampf um

die Europameisterschaft im Weltergewicht

am meisten, die der Titelinhaber Darton, Antwerpen, in 15 langen Runden mit 5 Unzen weich gegen den deutschen Weltergewichtsmeister Karl Sahm zu verteidigen hatte. Eigenartigerweise sprach das Schiedsgericht ein Unentschieden, eine Entscheidung, die für den Deutschen sehr schmeichelhaft ist, denn der Belgier war ein glänzender Techniker, der, wäre er so jung wie Sahm, diesen nur so zusammengeschlagen hätte. Der Europameister war ohne Frage der bessere, seine Technik geradezu vollendet, und er hätte den Sieg verdient, konnte er doch hier Runden glatt und die dreizehnte Runde ganz groß für sich buchen, denen Sahm drei Runden entgegenzusetzen vermochte; die anderen Runden waren vollkommen ausgeglichen. Sahm, der wesentlich besser gegen früher geworden ist, war seinem Gegner nicht gewachsen. Während er dauernd den Nahkampf suchte und diesem den Belgier auch aufzwingen konnte, wollte der Europameister auf die Distanz kämpfen, was ihm aber nicht recht gelang. Der Belgier war blitzschnell im Angriff, traf rechts nd links, wie er nur wollte. Er hat ein sicheres Auge und eine glänzende Schlagkraft. Die vierte Runde war sehr schwer. Schlag folgte auf Schlag, doch Darton behielt die Oberhand. Von der fünften Runde an legte Sahm Tempo vor, machte zum ersten Mal von dieser seiner Hauptwaffe Gebrauch. Er hatte aber kein Glück damit und schlug daher eine andere Taktik ein, indem er die Körperpartien seines Gegners zu treffen suchte. Seine Schläge hatten aber nicht die nötige Kraft, um dem Europameister irgendwie gefährlich werden zu können. In der 13. Runde hatte der Belgier soviel Punkte aufgeholt, daß für ihn keine Gefahr mehr bestand, den Kampf zu verlieren. Nach unserer Meinung wäre ein Sieg Dartons gerechter gewesen.

Im zweiten Hauptkampf des Abends, der den erwarteten

sensationellen und dramatischen Verlauf

nahm, standen sich der Englische Halbschwergewichtsmeister Gipsy Daniels und der Deutsche Mittelgewichtsmeister Hein Domgörgen gegenüber. Aus diesem Kampfe konnte man wieder einmal erleben, daß selbst der beste Techniker einen Gegner, der um viele Pfund schwerer ist, nicht so ohne weiteres schlagen kann. Außerdem zeigte der Zigeuner ebenfalls eine Technik, wie man sie bisher bei ihm noch nicht gesehen hatte. Gipsy war fast zu schwer, wirkte deshalb am Anfang recht unbeholfen und konnte mit seiner Linken nichts anfangen. Domgörgen dagegen war sehr beweglich und richtete sein Hauptaugenmerk ebenso wie Sahm im vorausgegangenen Kampfe auf die Körperpartien von Daniels. Er war glänzend in Form, und man hätte diesem Kampfe noch eine längere Dauer gewünscht, aber die zweite Runde brachte schon die Entscheidung. Daniels griff sofort an, Domgörgen war zwei Sekunden ohne Deckung, aber diese Zeit genügte schon für den Engländer, einen Rechten

haarscharf auf die Kinnspitze des Deutschen

zu landen. Domgörgen fiel schwer zu Boden, richtete sich bei Drei wieder empor, ging wieder herunter, kam abermals hoch, so daß man annehmen mußte, er würde weiterkämpfen. Aber das Schicksal ereilte ihn ebenso wie seine großen Vorgänger im Kampfe gegen Daniels, Samson-Körner, Schmeling und Breitensträter. K. o. in der zweiten Runde! Eine harte Entscheidung, aber man hatte sie vorausgesehen.

Im Einleitungskampf standen sich der Deutsche Meister im Bantamgewicht, Otto Siemdorf, und Max Dörfer gegenüber, den der Leipziger nach 10 Runden durch einen Punktsieg für sich entscheiden konnte. Ziemdorfs Niederlage kam eigentlich nur unerwartet, aber sie ist ohne Frage darauf zurückzuführen, daß er den Kampf in den ersten Runden viel zu leicht nahm und Punkte verschenkte. Dörfer hat sich sehr verbessert und ist scheinbar wieder im Kommen. Sein Sieg wurde

mit großem Beifall

aufgenommen. Im Schlußkampf des Abends schlug der Examateurmeister Müller-Köln den Bremer Hülsebutz haushoch nach Punkten; er stellte sich in Leipzig als ein glänzender Boxer und Techniker vor.

Ein großer Teil des Publikums setzte sich aus Vertretern der Berliner Boxsportgemeinde zusammen, die mit dem Auto oder mit der Bahn nach der Messestadt gekommen waren, um Zeugen dieses erstklassigen Programms zu sein. Die Leute vom Fach waren fast sämtlich vertreten. Es fehlte eigentlich nur Max Schmeling; Breitensträter, der übrigens stark gefeiert wurde, Exmeister Diener, Sabri Mahir und viele, viele andere bekannte Gesichter. **G. A. D.**

Wohin gehe ich heute?

Stadttheater: „Die gold'ne Meisterin" (8).
Walhalla-Theater: „Die letzte Warnung" (8).
C. T. am Riebeckplatz: „Die Sandgräfin" (4, 6.10, 8.15).
C. T. Gr. Ulrichstraße: „Die Sandgräfin" (4, 6.10, 8.15).
Ufa Alte Promenade: „Ramper, der Tiermensch" (4, 6.15, 8.20).
Ufa Leipziger Straße: „Am Rüdesheimer Schloß steht eine Linde . . ." (4, 6.15, 8.20).
Schauburg: „Heut' tanzt Mariett" (4.30, 6.30, 8.30).
Modernes Theater: „Besuch aus Afghanistan" (8).
Rakete: Das fabelhafte Kabarett-Programm (8).
Lochs Künstlerspiele: Das glänzende April-Programm (8).
Haus Dietrich-Kasino: Die großstädtische Herse-Band

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Redaktionelle Leitung: Harry Erwin Weinschenk.
Verantwortlich für Politik: Oskar Friedrich; für Lokales, Feuilleton und Unterhaltung: Harry Erwin Weinschenk; für Volkswirtschaft: Dr. oec. publ. Leonhard Fritzsching; für Sport und den allgemeinen Teil: Gustav A. Doering; für den Provinzteil: Dr. phil. Rudolf Schroth. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred W. Kunkes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804241-13/fragment/page=0003

Landwirtschaft – Handel – Industrie

Die städtischen Werke in Halle

Der Plan ihrer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft

In unserer politischen Beilage vom Sonnabend, „Der Deutschnationale", wird von seiten der Partei mit erfrischendem Freimut folgendes gesagt: „Wir verstehen und billigen es, wenn in wirtschaftlichen ... Fragen die Auffassungen auseinandergehen und scharf gekämpft wird. ... Der Gegensatz der wirtschaftlichen Interessen innerhalb der Partei ist groß." So konnte denn auch der vor einigen Wochen aufgetauchte Plan einer Ueberführung der städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft nicht sofort ungeteilte Zustimmung finden. Wir haben damals unsere Bedenken vorgebracht. Hingegen hat sich bisher die Presse der anderen Parteien unserer Stadt zu der Angelegenheit noch kaum geäußert. Wir glauben darin ein günstiges Anzeichen zu sehen, nämlich die Tatsache, daß diese Frage außerhalb des Rahmens der Parteipolitik gelöst werden wird. Daher haben wir in der Zwischenzeit wiederholt die verschiedenen Argumente besprochen. Denn wir sind davon überzeugt, daß es die Bürger unserer Stadt nicht ertragen würden, wenn solche Pläne nur im engeren Kreise von Kommissionen und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Lösung gebracht würde, ohne daß die Einwohner, um deren Gesamteigentum es sich doch handelt, Gelegenheit bekommen haben, die Fragen gründlich durchzuhaben.

Wir haben nun eine Zuschrift erhalten, die uns sehr beachtenswert erscheint, weil sie aus der Feder einer Persönlichkeit stammt, die sich in das Problem ernstlich vertieft hat, ohne für sich daran interessiert zu sein. Der Verfasser gehört zu den Freunden der Umwandlung in eine Gesellschaft, hat aber ein hohes Maß von Objektivität und Sachlichkeit aufgebracht, wovon sich der Leser sofort überzeugen wird. Für diejenigen Leser, die sich mit solchen Fragen noch wenig befaßt haben, erwähnen wir ergänzend, daß sich der geplante Vorgang wesentlich von den Umgründungen privater Einzelunternehmungen in Aktiengesellschaften unterscheidet. Hierbei wird nämlich in der Regel von den Gründern das Sachkapital eingebracht und durch Aktien in Höhe des geschätzten Wertes vergütet, gleichzeitig aber werden noch weitere Aktien ausgegeben und auf dem freien Markte verkauft, wodurch sich die Gesellschaft neue flüssige Mittel verschafft. Ein solches Verfahren ist für die städtischen Werke nicht geplant. Die Stadt soll die gesamten Aktien übernehmen, mit der unabdingbaren Auflage, daß sie sie niemals veräußern darf. Es handelt sich also nur um eine juristische Formalität, die aber den Vorteil haben soll, daß die Leitung der Werke mehr Bewegungsfreiheit erhält. Immerhin muß die Gefahr des fremden Eingriffes fortwährend im Auge behalten werden. Wie wir in der letzten Zeit wiederholt gezeigt haben, ist das internationale, vor allem das amerikanische Großkapital bestrebt, die wichtigsten Teile der deutschen Industrie in seine Hand zu bringen, und hat auch bereits sein Auge auf die Elektrizitätserzeugung geworfen. — Und nun lassen wir unseren Gewährsmann sprechen!

Die Schriftleitung.

★

Seit Jahren, ja seit Jahrzehnten wird ein Kampf um die beste Unternehmungsform städtischer Betriebswerke geführt. Die Literatur, welche im Laufe der Zeit hierüber entstanden ist, ist umfangreicher, als man gewöhnlich annimmt, und das Für und Wider aller Unternehmungsformen ist von verschiedensten Gesichtspunkten aus erörtert worden. Für Halle ist diese Frage zurzeit außerordentlich aktuell, plant man doch in städtischen Verwaltungskreisen

die Werke der Stadt Halle in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln.

Wie aus den bisherigen Veröffentlichungen hervorgeht, ist dabei an eine Eigentümer-Aktiengesellschaft gedacht, deren Kapital restlos in den Händen der Stadt verbleibt. In weiten Kreisen der Bürgerschaft steht man diesen Absichten des Magistrats sehr sympathisch gegenüber; denn wie sollte man auch ein industrielles Unternehmen — und das sind doch die Werke der Stadt Halle zweifelsohne — wirtschaftlicher und zweckmäßiger verwalten als in der Form der Aktiengesellschaft, also in der Form, welche unserer heutigen Wirtschaftsorganisation überhaupt das Gepräge gibt?

Und doch gibt es Zweifler, welche da meinen, unsere Werke seien gar kein „industrielles Unternehmen", sie seien keine Erwerbsbetriebe,

sie dürften nicht auf „Gewinn" eingestellt sein.

Das ist die alte Frage, ob die Werke als Aufwandswirtschaften oder Erwerbswirtschaften aufzufassen sind, ob sie als Ziel ihres Wirtschaftens nur den Gebrauch und die Erhaltung ihrer Substanz oder aber darüber hinaus den Erwerb, das Erzielen eines Gewinnes, im Auge haben. Zweifellos sind Betriebswerke in Händen von Gemeinden und Staaten ursprünglich nur Aufwandswirtschaften gewesen. Die Wirtschaftsführung erstrebte lediglich die Nutzbarmachung und die Erhaltung der Werke. Ihren rechtlichen Niederschlag fand diese Anschauung am treffendsten im preußischen Kommunalabgabengesetz der Miquelschen Finanzreform, wo es heißt: „Gewerbliche Unternehmungen der Gemeinden sind grundsätzlich so zu verwalten, daß durch die Einnahmen mindestens die gesamten durch die Unternehmung erwachsenen Ausgaben einschließlich der Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals aufgebracht werden."

Eine derartige Wirtschaftsführung konnten wir uns allerdings in dem reichen Deutschland der Vorkriegszeit gestatten. Die Stadt hatte damals weit ergiebigere Steuereinnahmequellen als heute, sie konnte infolgedessen auf Gewinn aus ihren Betriebswerken verzichten. Es ist jedem Kundigen klar, daß sich in der Nachkriegszeit in dieser Beziehung die Verhältnisse grundlegend geändert haben. Steuereinnahmen stehen den Städten nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung, und auf der anderen Seite sind ihre Aufgaben auf allen Gebieten der kommunalen Betätigung ungeheuer gewachsen. Ganz von selbst haben sich damit

die städtischen Betriebswerke zu Erwerbsgesellschaften umbilden müssen.

Abgesehen vielleicht von den Wasserwerken, ist gegen das Gewinnstreben der Werke an sich nichts einzuwenden, zumal sich ja auch die Privatindustrie auf den Gebieten der Gas- und Stromproduktion betätigt. Wie seinerzeit der Charakter der Aufwandswirtschaften seinen gesetzlichen Niederschlag gefunden hat, so ist man auch bestrebt,

den Charakter der Erwerbswirtschaften im Gesetz zum Ausdruck zu bringen.

Der Entwurf der preußischen Städteordnung vom 30. März 1922 macht nämlich schon eine Trennung zwischen gemeinnützigen und gewerbsmäßigen Unternehmungen und führt in seinem § 72 aus: „Gewerbsmäßige Betriebe können nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden, grundsätzlich Ueberschüsse zur teilweisen Deckung der Haushaltsbedürfnisse der Stadt erzielen, mindestens aber die Kosten des Betriebes, der Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals und der Erneuerung der Einrichtung decken." Also grundsätzlich können Ueberschüsse, d. h. doch Gewinne, erzielt werden. Wenn es demnach klar ist, daß unsere Werke das gleiche Wirtschaftsziel haben wie die Werke der Privatwirtschaft, dann dürfte es auch ohne Zweifel gewiß sein, daß die in der Privatwirtschaft bewährte Form der Aktiengesellschaft die geeignetste und zweckmäßigste Form für städtische Betriebswerke ist.

Die in der vorhandenen Literatur vorgeschlagenen Formen, die überhaupt für städtische Betriebswerke in Frage kommen, sind

1. der reine Regiebetrieb,
2. der verselbständigte Regiebetrieb,
3. der kommunale Betrieb in der privaten Rechtsform der Aktiengesellschaft oder G. m. b. H., entweder als Betriebsgesellschaft oder als Eigentumsgesellschaft und
4. das gemischtwirtschaftliche Unternehmen.

Mit dem reinen Regiebetrieb hat wohl die größte Zahl aller bedeutenden Städte gebrochen; zumindest ist man zu dem verselbständigten Regiebetrieb übergegangen, d. h. im kommunalen Haushaltsplan wird das Unternehmen als getrenntes Vermögen geführt. Kaufmännische Grundsätze gelangen in den Betrieben zur Anwendung. Diese Unternehmungsform hat den Nachteil der Unklarheit und der Halbheit. Im einzelnen ergeben sich stets eine Reihe von Zweifelsfragen, die nur durch langwierige Sitzungen, komplizierte Kompromisse, also teure Aufklärungsarbeit, gelöst werden können. Die Verwaltungsschwierigkeiten im einzelnen aufzuführen, würde naturgemäß zu weit führen. Daß

der kommunale Betrieb in der privaten Rechtsform einer Aktiengesellschaft

— allenfalls einer G. m. b. H. — das Gegebene ist, hat vor Halle schon eine ganze Reihe anderer Städte erkannt. Allerdings hat man dort, wohl aus technischen Gründen, zur Betriebsgesellschaft gegriffen, während unsere städtische Verwaltung

die Eigentumsgesellschaft

vorschlägt, was im Interesse der einheitlichen und der möglichst rationellen Geschäftsführung zu begrüßen ist. Daß man das gemischtwirtschaftliche Unternehmen von vornherein außer der Debatte gelassen hat, ist zu begrüßen; denn unsere Werke stehen ja so da, daß die Beteiligung privaten Kapitals für die Stadt ohne irgendwelche Vorteile wäre und nur dem privaten Kapital Nutzen bringen könnte, wozu aber eine Veranlassung überhaupt nicht vorliegt.

Es darf vielleicht zum Schluß noch gefordert werden, daß

die städtischen Körperschaften auf Tarifänderungen der Werke einen maßgebenden Einfluß behalten

und daß diese Aufgaben nicht den Organen der Gesellschaft allein vorbehalten bleiben. Aus den bisher veröffentlichten Mitteilungen darf man wohl annehmen, daß diesbezügliche Pläne auch bei den maßgebenden Stellen erwogen werden.

Wir berichten im Auszug:

Großhandelsindexziffer vom 18. April. Die Ziffer für das Reich weist gegenüber der Vorwoche eine Steigerung von 139 auf 139,6 auf. Die Erhöhung liegt vor allem bei den Agrarstoffen. Der Index für Konsumgüter ist unverändert geblieben.

Der deutsche Außenhandel im März. Der Außenhandel zeigt im März im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 208 Millionen RM., gegen 306 Mill. RM. im Vormonat. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr ist im März 1928 gegenüber dem Vormonat um 18,6 Millionen RM. zurückgegangen. Der Rückgang ist besonders stark bei der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfertigwaren, und zwar beträgt er 54,5 Millionen RM., während die Einfuhr bei den übrigen Gruppen zugenommen hat. Die Ausfuhr zeigt gegenüber dem Vormonat wiederum eine Zunahme, und zwar von fast 80 Millionen RM. Sie überschreitet in diesem Monat erstmalig eine Milliarde. An der Zunahme sind alle Gruppen, in erster Linie aber die Fertigwaren mit 70,7 Millionen RM. beteiligt.

Erfurter Beamten- und Mittelstandsbank, Erfurt. Das Institut, das im Vorjahr mit einem 100proz. Vergleich abgeschlossen hat, hat sich gezwungen gesehen, den Antrag auf Eröffnung des Konkurses zu stellen. Erneutes Ausbleiben von Außenständen und rückständige Mitgliedseinzahlungen sollen diesmal die Ursache sein.

Drei Unternehmer billiger als die sozialistische Bauhütte. Bei Angeboten für Häuserbauten der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft und der Baugenossenschaft in Bernburg waren die billigsten Bauunternehmer. Erst an vierter Stelle kam die sozialdemokratische Bauhütte.

Die Deutschen Sparkassen im Februar 1928. Die Spareinlagen bei den Sparkassen des Deutschen Reichs sind nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts im Monat Februar 1928 bei 542,24 Mill. RM. Einzahlungen und 309,52 Mill. RM. Auszahlungen von 5 094,06 Mill. RM. Ende Januar 1928 auf 5 326,78 Mill. RM. Ende des Berichtsmonats gestiegen. — Im Scheck-, Giro-, Kontokorrent- und Depositenverkehr haben sich die Einlagen von 1 218,28 Mill. RM. Ende Januar 1928 auf 1 291,45 Mill. RM. am Ende des Berichtsmonats erhöht.

Die Sparkassen der Provinz Sachsen Ende Februar 1928. Die Geschäftslage der Sparkassen der Provinz Sachsen stellt sich auf Grund der Zweimonatsbilanzen vom 29. Februar 1928 wie folgt: Spareinlagen: 261 519 314 Mark; Depositen: 350 972 485 Mark. Die von den Sparkassen aufgenommenen Anleihen betragen: 9 118 580 Mark.

Maßnahmen zugunsten der amerikanischen Handelsschiffahrt. Der Handelsmarineausschuß des Repräsentantenhauses hat heute dem Jones-White-Schiffahrtsgesetzentwurf zugestimmt, durch den die Interessen der Privatreederei in der amerikanischen Handelsmarine gefördert werden sollen. Der Entwurf ist eine Zusammenfassung der bereits vom Senat angenommenen Jones-Bill, die eine Fortsetzung der Operationen des Schiffahrtsamtes bedeuten würde, und der vom Ausschußvorsitzenden des Repräsentantenhauses White entworfenen Bill. Sie wird als Kompromißlösung bezeichnet. Durch die Bestimmungen des neuen Entwurfes soll es ermöglicht werden, aus dem Bauanleihefonds der Regierung drei Viertel der Schiffbaukosten anstatt der bisherigen zwei Drittel als Darlehen zu gewähren, und langfristige Kontrakte über die Beförderung der Auslandspost abzuschließen. Ferner ist die Beteiligung der Regierung an dem Seeversicherungsgeschäft vorgesehen. Der Ausschuß des Repräsentantenhauses hat die Bestimmung der Jones-Bill, die einmütige Abstimmung des Schiffahrtsamtes über den Verkauf von Regierungsschiffen erforderlich machte, abgeändert und beschlossen, daß eine Billigung durch die Mitglieder des Schiffahrtsamtes im Verhältnis von 5:7 ausreichend sei. Eine weitere vom Repräsentantenhaus angenommene Bestimmung lautet, daß in Zeiten nationalen Notstandes der Präsident ermächtigt sein soll, Schiffe, an denen die Regierung ein Interesse habe, und Schiffe, mit denen Postkontrakte abgeschlossen seien, zu beschlagnahmen.

Volkswirtschaftliche Literatur

Johannes von Miquel. Von Finanzrat W. Guhl. Berl. Carl Heynemann, Berlin W. 8. Geh. 6.— Mark. 127 Seiten. — Der Preußische Finanzminister von Miquel: vor 80 Jahren in aller Munde als Schöpfer der preußischen Finanzreform, geachtet von der Fachwelt, doch umstritten von der Parteien Haß und Zuneigung. Heute ist dieser Mann entrückt einer absprechenden Kritik und besitzt seinen Platz unter den klassischen Finanzpolitikern. Er war der Typus des Staatsmannes, um den wir heute ringen: begabt mit einem tiefgründigen theoretischen und fachlichen Wissen, mit reicher Erfahrung als leitender Beamter, aber auch als Parlamentarier, dem immer das Vaterland vor der Partei stand. — Das Buch befaßt sich nur mit seinem Werdegang und seinem Auftreten im öffentlichen Leben bis zur Reichsgründung. Ein zweiter Teil wird seine Tätigkeit als Finanzminister würdigen. — Wir sehen das Lebensbild eines Stürmers und Drängers, der als Kommunist radikalster Prägung begann, sich in den Strudel des Jahres 1848 stürzte, dann noch 15 Jahre lang in enger geistiger Fühlung mit Karl Marx blieb, bis dann eine Veränderung bei ihm einsetzte, die man nicht mit „Wandlung" bezeichnen darf, sondern „Aufwärtsentwicklung" nennen sollte. Als konservativer Abgeordneter war er einer der ersten, der sich 1866 vom Partikularismus lossagte und sich zur großpreußischen und in weiterer Zielverfolgung deutschen Ideen bekannte. Damit kommen seine schon längst vorhandenen Bestrebungen zur vollen Entwicklung und er wird zum Vorkämpfer deutscher Einheit. Diesen großen Leistungen — zunächst vor allem in der Schöpfung deutscher Rechtseinheit — ist das Buch vor allem gewidmet. — Der Verfasser hat es verstanden, auf Grund gründlicher Studien mit liebevoller Objektivität dem großen Staatsmann, als den ihn heute Angehörige aller politischen Parteien anerkennen, gerecht zu werden. Die Arbeit hat den weiteren Vorzug, fesselnd geschrieben zu sein und einen vorzüglichen Einblick in die Geschichte unseres Vaterlandes zu geben. Niemand wird das Buch aus der Hand legen, ohne daran überzeugt worden zu sein, daß da, wo bei den Baumeistern unseres Reiches gesprochen wird, der Name Miquel mit an erster Stelle zu stehen hat.

Gesetz betr. die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes. Herausgegeben von Max Hahne. Verlag Max Galle, Berlin W 8, Wilhelmstraße 47. Preis 1,20 Mark. 86 Seiten. — Praktisches Heftchen mit bequemer Berechnungstabelle. — Das Gesetz ist nicht weniger für Einsicherten des Arbeitgebers gegen das eigen Personal, sondern damit er gerüstet ist gegen Aufforderung zur Pfändung, die von außen her an den Arbeitgeber herantreten können.

Das „Grünbuch" der Aktiengesellschaften „Die Berliner Börse 1928." (Das Industrie und Börsen-Werk.) — Band 1/1928, Großlexikonformat. 1079 Seiten. Preis 30 Mark. Im Industrie- und Börsenverlag R. & H. Hoppenstedt, Berlin-Wilmersdorf, Hanauerstr. 64—65. Der vorliegende erste Band der Jahresreihe 1928 setzt in vorbildlicher Weise den Ueberblick über die neuesten Entwicklungsdaten jeder Gesellschaft fort. Das Werk stellt weit mehr als Nachschlagbuch dar. Jedes einzelne Unternehmen wird eingehend in seiner gesamte Struktur untersucht. Es ist ein ungemein reiches Material, das hier gesammelt ist. Die Zuverlässigkeit der Angaben ist absolut. — Ein wirtschaftliches Standard-Werk.

Die Technik der Schaufensterbeleuchtung II. Von Dr.-Ing. Putnoky. Verlag der „Osram"-G. m. b. H., Abteilung für Lichtwirtschaft, Berlin O 17. 80 Seiten. Auf Ersuchen kostenlos. — Die Osram-Gesellschaft ist bekannt für ihre beleuchtungstechnische Versuche, die für Hygiene und Wirtschaft von großer Bedeutung sind. Im vorliegenden 2. Teil werden an Hand dieser vorzüglicher Bilder die Resultate weiterer Versuche veröffentlicht. Falsches wird zur Warnung neben Richtiges gestellt. — Jeder, der abends durch die Geschäftsstraßen wandert, bemerkt auf Schritt und Tritt die größten Fehler in der Schaufensterbeleuchtung. Deshalb sollte sich jeder Ladenbesitzer das Heft kommen lassen und es eingehend studieren. Die Mühe macht sich in barer Münze bezahlt.

Die Landmaschine. Wochenschrift im Verlag Paul Parey, Berlin S. W. 11, Jedemannstr. 28. Monatlich 1,50 Mark. Aus dem Heft Nr. 14: Ing Schmalz: „Der Drusch aus der Hacke." — Dipl.-Landw. Dr. Steding: „Die Zugleistungsprüfung für Arbeitspferde."

Energie. Halbmonatsschrift im „Energie-Verlag", Berlin S. O. 36, Skalitzerstr. 47. — Aus der Nr. 7 des illustrierten Heftes: Obering. Foerster: „Die elektrische Bogenlampe". — H. Rode: „Lektion im technischen Rechnen."

Magazin der Wirtschaft. Wochenhefte i. W. Wirtsch. u. Geschäft, Berlin SW. 48, Jedemannstraße. — Viertelj. 12 Mk. — Aus Nr. 16: Ausgestaltung der Bankenpublizität (Leitartikel); Kilian; „Vereinheitl. d. Giroverkehrs"; Brandt, „Ferngasversorgung — Reichsbahn"; Priester, „Rekordjahre der Schiffahrt."

Dr. Fr.

Frankfurter Abendbörse

Frankfurt, 23. April. Auf die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für den Ruhrbergbau war die Stimmung an der Abendbörse freundlich. Das Geschäft war jedoch nicht umfangreich und beschränkte sich im wesentlichen auf Deckungen der Spekulation. Im Anschluß an die schon etwas festere Nachbörse lagen die führenden Werte gegen den Berliner Schluß bis 2 Proz. höher. Bevorzugt waren am Montanmarkt Mannesmann (plus 3½ Prozent), Rheinische Braunkohle und Rheinstahl. Von Elektrowerten waren vor allem Siemens weiter verlangt. Karstadt konnten 4¼ Prozent anziehen. Für Reichsbank erfolgt sich auf dem erhöhten Nachbörsenkurs einiges Interesse. Die Rentenmärkte lagen still. Die Ablösungsschuld für Neubesitz war etwas befestigt.

Dividenden

Baumwollspinnerei Pelenau i. Erzgeb.	12	
Maschinenfabrik Kießling, Leipzig	5	
Masch.- u. Werkz.-Fabr. Paschen, Köthen	14	
National-Film A.-G., Berlin	6	
Porzellanf. Ph. Rosenthal & Co., Berlin	7	
Römpler A.-G., Zeulenroda	7	
Bunt- und Luxuspapierfabr. Goldbach i. Sa.	4 (0)	Vorschlag
Adler Phonograph A.-G., Berlin	15 (10)	
Carl Lindström A.-G., Berlin	15 (10)	„
Clemens Müller A.-G., Dresden	6 (0)	„
Concordia Lebensversf.-Bank, Köln	12 (12)	„
Ges. f. elektr. Hoch- und Untergr.-B., Berlin	5 (5)	„
Hermann und Alfred Escher A.-G., Chemnitz	0 (8)	„
Leipziger Aufbendahn-A.-G.	5 (0)	„
Leipz. Immob.-Ges.-Bank f. Grundbesitz	9 (8)	„
Masch.-F. Buckau — R. Wolf A.-G., Magdeb.	10 (10)	„
Messagerie Maritimes, Paris	15 (15)	
Mitteldeutsche Flaschenfabr., Lebendorf	4 (0)	„
Porzellanf. C. Tielsch & Co., Dresden-Altmaxer	0 (0)	„
Schüle-Hohenlohe A.-G., Kassel	7 (7	„

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192804241-13/fragment/page=0004